

Riccardo Bavaj

# Deutscher Staat und westliche Demokratie

Karl Dietrich Bracher und Erwin K. Scheuch  
zur Zeit der Studentenrevolte von 1967/68

Einführung I:

Liberal-kritische Hochschullehrer und die Herausforderung der Studentenrevolte

„Es gehört heute weniger Mut dazu, mit roten Fahnen und Lenin-Bildern über den Westberliner Kurfürstendamm zu ziehen, als sich, etwa vor einer studentischen Versammlung, als Liberaler zu bekennen.“ Das schrieb der junge *Zeit*-Journalist Kai Hermann in einem seiner zeitgenössischen Kommentare zur Studentenbewegung und versuchte sich damit an der Deutung eines der intellektuell interessantesten Beziehungsgeflechte, das aus den tektonischen Verschiebungen der geistig-politischen Landschaft Ende der sechziger Jahre hervorging. „Das unverbindlichste aller politischen Bekenntnisse“, meinte der Berlin-Korrespondent der liberalen Wochenzeitung, „ist über Nacht zur Provokation geworden [...]. Eine formal liberal verfasste Gesellschaft scheint ihre letzten Repräsentanten zum Teufel zu wünschen. Für die Rechten sind sie die Fellow-Travelers des Umsturzes, für die revolutionäre Linke die Inkarnation eines inhumanen Systems und zugleich dessen gefährlichste Strategen. Wer sie und was sie wirklich sind, scheinen die Liberalen selber nicht mehr genau zu wissen.“<sup>1</sup>

In der Tat: Viele von den sogenannten „liberalen Kritikern“, wie es im zeitgenössischen Diskurs hieß, wurden durch die Herausforderung der Studentenrevolte und einer plötzlich wirkmächtig werdenden „Kritischen Theorie“ fundamental verunsichert. Eigentlich hatten sie sich doch als im besten Sinne fortschrittlich verstanden, hatten sich zu jenen vorwärtstreibenden Kräften gezählt, die nunmehr seit Jahren schon mit aufklärerischem Impetus und einer der praktischen Vernunft ver-

<sup>1</sup> Kai Hermann, Liberale und Revolutionäre, in: Hans Dollinger (Hg.), *Revolution gegen den Staat? Die außerparlamentarische Opposition – die neue Linke. Eine politische Anthologie*, Bern/München/Wien 1968, S. 168–175, hier S. 168.

schriebenen politischen Bildungsarbeit eine obrigkeitlichen Traditionen verhaftete Gesellschaft in eine liberal-demokratische umzuwandeln versuchten, die also, überspitzt formuliert, dem „Wirtschaftswunder“ ein „Demokratiewunder“<sup>2</sup> folgen lassen wollten.

Konfrontiert mit der Studentenbewegung, fanden sie sich urplötzlich im konservativen, ja „reaktionären“ Lager wieder. Beispiele dafür sind Legion. Man denke nur an die beiden am Otto-Suhr-Institut wirkenden Remigranten Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal, die auf weite Teile der „liberal-kritischen“ Intelligenz großen Einfluss ausübten. Es war, wie Fraenkel im September 1967 bekannte, „nicht ganz leicht“, sich an die „ungewohnte Rolle“ des „Konservativen“ und „Reaktionärs“ zu gewöhnen. Schließlich hatte er sich, wie er betonte, „fast ein halbes Jahrhundert“, also „vor, während und nach der Nazizeit“, „für die rechtsstaatliche Demokratie eingesetzt“.<sup>3</sup> Bis zu dem Zeitpunkt, als Herbert Marcuses Liberalismuskritik unter Studenten eine ungeahnte Resonanz fand, galt eine solche Haltung gemeinhin gerade nicht als „reaktionär“, sondern ganz im Gegenteil als fortschrittlich – „liberal-kritisch“ eben.

## Einführung II:

### Liberal-kritische Hochschullehrer und westlicher Konsensliberalismus

Doch was genau verstand man eigentlich unter „liberal-kritisch“, bevor das geistig-kulturelle Erdbeben von 1967/68 die politische Landschaft erschütterte? Wie kann man das, was Kai Hermann „das unverbindlichste aller politischen Bekenntnisse“ nannte, bei aller inneren Heterogenität liberalen Denkens im Grundsätzlichen und seiner bisweilen irritierenden Anschlussfähigkeit für sozialistische und konservative Ideen zeitgeschichtlich näher fassen? Weiterhelfen könnte hier der ursprünglich aus dem US-amerikanischen Zusammenhang des New Deal stammende Begriff des Konsensliberalismus. Von den transferegeschichtlichen Studien des Tübinger Westernisierungsprojekts in den Forschungsdiskurs zur bundesrepublikanischen Ideenlandschaft eingeführt, charakterisiert er ein pragmatisch-pluralistisches Denken, das am parlamentarischen Kompromiss ebenso wie am sozialen Fortschritt orientiert ist,

<sup>2</sup> Arnd Bauerkämper/Konrad H. Jarausch/Marcus M. Payk (Hg.), *Demokratiewunder. Transatlantische Mittler und die kulturelle Öffnung Westdeutschlands 1945–1970*, Göttingen 2005.

<sup>3</sup> Professor Fraenkel: *Die linksradikalen Gruppen handeln ohne Auftrag*. [Ein Interview], in: *Berliner Morgenpost*, 17.9.1967, S. 12.

totalitarismustheoretisch grundiert und mit einer prononciert antikommunistischen Tendenz ausgestattet.<sup>4</sup>

In der Nachkriegszeit bezog der Konsensliberalismus seine Plausibilität und Durchsetzungskraft denn auch nicht nur aus der Katastrophe des jüngst vergangenen Nationalsozialismus, sondern vor allem aus der binären Codierung des sehr gegenwärtigen Kalten Krieges. Er kann daher, wie Michael Hochgeschwender vor kurzem noch einmal verdeutlicht hat, als „Fundamentalideologie von Westlichkeit“<sup>5</sup> gelten. Zur Zeit der „Weltanschauungskämpfe der fünfziger und sechziger Jahre“ wirkte die konsensliberale Ideologie als „kohärenteste Alternative zu den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts“.<sup>6</sup> In den Vereinigten Staaten erlangte sie den Höhepunkt ihrer kulturellen Hegemonie zu Beginn der fünfziger Jahre, der Hochphase des Kalten Kriegs und zugleich eines US-amerikanisch dominierten Begriffs vom Westen.<sup>7</sup>

Was hat das nun mit der Bundesrepublik zu tun? Die schon erwähnten Studien aus dem Umkreis des Tübinger Westernisierungsprojekts konnten zeigen, über welche Kanäle, will sagen: institutionelle Träger und intellektuelle Netzwerke, sich das konsensliberale Denken unter westdeutschen Eliten ausbreitete. Eine Schlüsselrolle spielten hier vor allem Remigranten, die sich vormals im Kosmos sozialistischer und kommunistischer Weltanschauungen bewegten, bevor sie sich im US-amerikanischen, aber auch britischen Exil der Ideenwelt des Konsensliberalismus öffneten. Wieder können hier Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal als Beispiele dienen.

Fraenkel emigrierte 1938 in die Vereinigten Staaten, trat 1944 in den amerikanischen Regierungsdienst ein, bevor er 1951 schließlich an die Deutsche Hochschule für Politik gerufen wurde, das spätere Otto-Suhr-Institut. Dort verfasste er eine einflussreiche Studie über das amerikanische Regierungssystem und entwickelte seine bekannte Theorie vom Neopluralismus. Seine Aufsatzsammlung mit dem bezeichnenden Titel „Deutschland und die westlichen Demokratien“ sollte für die nachfolgende Generation von Politikwissenschaftlern, aber auch für Vertreter benachbarter Disziplinen wie der Geschichts- und Sozialwissenschaft zu einem zentralen ideellen Leitfadens werden.<sup>8</sup>

<sup>4</sup> Anselm Doering-Manteuffel, Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 311–341, hier S. 323.

<sup>5</sup> Michael Hochgeschwender, Was ist der Westen? Zur Ideengeschichte eines politischen Konstrukts, in: Historisch-Politische Mitteilungen 11 (2004), S. 1–30, hier S. 27.

<sup>6</sup> Ders., Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998, S. 69.

<sup>7</sup> Vgl. ders., Freiheit in der Offensive? (wie Anm. 6), S. 72–86; ders., Was ist der Westen? (wie Anm. 5), S. 26f.

<sup>8</sup> Vgl. Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, hg. von Alexander von Brünneck, erw. Ausg. Frankfurt a.M. 1991 (zuerst 1964); vgl. auch ders./Kurt Sontheimer/

Löwenthal floh 1935 aus Deutschland und kam über Prag und Paris nach London, wo er enge Verbindungen zur Fabian Society knüpfte. Nach dem Krieg trat er, wie so viele Konsensliberale, in die SPD ein, und engagierte sich intensiv im Kongress für Kulturelle Freiheit, gehörte also zum Personalbestand einer zentralen Vermittlungsagentur konsensliberaler Ideen. 1961 stieß er zum Otto-Suhr-Institut, wo er, vor allem nach „1968“, über die „Einzigartigkeit des Westens“ und die „Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien“ reflektierte, zu denen er insbesondere „romantische Rückfälle“ in Gestalt (vermeintlich) antiwestlich-irrationaler Studentenrevolten zählte.<sup>9</sup>

### Die 45er: Karl Dietrich Bracher und Erwin K. Scheuch

Natürlich waren es nicht nur die etwas in die Jahre gekommenen Vertreter der sogenannten Kriegsjugendgeneration oder Jahrhundertgeneration, die als transatlantische Mediatoren konsensliberalen Denkens wirkten. Diese rekrutierten sich gerade auch aus jener Altersgruppe, die Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre erst im Begriff war, sich beruflich zu etablieren. Zwischen 1921 und 1932 geboren, waren sie zunächst der Indoktrinierungs-Maschinerie des NS-Regimes ausgesetzt (ohne ihr freilich zwangsläufig zu erliegen), um dann, wie Rolf Schörken formuliert, Niedergang und Kollaps des „Dritten Reiches“ mit der „Aufmerksamkeit der Heranwachsenden“ zu erleben.<sup>10</sup> Aus dieser Erfahrung wuchs eine tiefe Skepsis gegenüber allem Totalitär-Übersteigerten und eine große Offenheit gegenüber der liberalen Gedankenwelt, die in der Regel als „unideologisch“ und wirklichkeitsnah erschien, weil „praktischer Vernunft“ verpflichtet. Zu dieser Alterskohorte, die seit einigen Jahren unter dem Begriff der „45er-Generation“<sup>11</sup> diskutiert wird, gehörten Karl Dietrich Bracher (geb. 1922) und Erwin K. Scheuch (1928–2003).

Bernard Crick, Beiträge zur Theorie und Kritik der pluralistischen Demokratie, 2. überarb. u. erw. Aufl. Bonn 1969.

<sup>9</sup> Vgl. Richard Löwenthal, Der romantische Rückfall, Stuttgart u. a. 1970; ders., Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien, Frankfurt a. M. 1979.

<sup>10</sup> Rolf Schörken, Die Niederlage als Generationserfahrung, Weinheim/München 2004, S. 5.

<sup>11</sup> Vgl. Dirk Moses, Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie, in: Neue Sammlung 40 (2000), S. 233–263; ders., The „Weimar Syndrome“ in the Federal Republic of Germany, in: Stephan Loos/Holger Zaborowski (Hg.), Leben, Tod und Entscheidung, Berlin 2003, S. 187–207, hier S. 192 ff.; sowie unlängst ders., German Intellectuals and the Nazi Past, Cambridge 2007; vgl. ferner Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006; sowie Riccardo Bavaj, „68er“ versus „45er“. Anmerkungen zu einer „Generationsrevolte“, in: Heike Hartung u. a.

Ursprünglich der „liberal-kritischen“ Intelligenz angehörend, sollten sie, ähnlich wie Fraenkel und Löwenthal, sich nach der Studentenrevolte in der neuen Formation liberalkonservativer Intellektueller wiederfinden. Sie alle prägte ein entschiedenes Bekenntnis zur Staatsform der, wie sie mit Fraenkel sagten, „westlichen Demokratien“. Dieses Bekenntnis beruhte nicht nur auf der Erfahrung von NS-Herrschaft und Zweitem Weltkrieg, sondern auch auf dem direkten Kontakt mit der politischen Kultur der Vereinigten Staaten.

Bracher, der seit 1941 im deutschen Afrika-Korps diente, geriet zwei Jahre darauf in amerikanische Gefangenschaft und wurde in einem Kriegsgefangenenlager in Kansas interniert. Dort begann er sich mit den „Katastrophen der Zeitgeschichte“ auseinanderzusetzen – nicht nur orientiert am Verfalls- und Fortschrittsdenken der frühen römischen Kaiserzeit (aus der seine Dissertation hervorging), sondern auch an der Erfahrung der amerikanischen Demokratie, „as derived from and confronted with European political thought“.<sup>12</sup> Das schrieb er in einem autobiographischen Rückblick, der in *Government and Opposition* publiziert wurde, einem unter liberalen Politikwissenschaftlern Westeuropas und der Vereinigten Staaten intensiv rezipierten Fachorgan (in dem übrigens 1968 der damals an der FU Berlin lehrende Kurt Sontheimer eine erste Analyse der westdeutschen Studentenbewegung veröffentlichte).<sup>13</sup>

Nach seiner Promotion in Tübingen ging Bracher 1949 zurück in die USA, wo er in Harvard an einem Postdoc-Programm teilnahm und den Emigranten Carl Joachim Friedrich ebenso wie die beiden amerikanischen Historiker Arthur Schlesinger Sen. und Jr. hörte.<sup>14</sup> Ein Jahr darauf schloss er sich dem neu gegründeten Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft in Berlin an. In diesem Arbeitszusammenhang entstand seine große Weimar-Studie über das „Problem des Machtverfalls in der Demokratie“.<sup>15</sup> Und hier traf Bracher auch mit dem von ihm so bewunderten Ernst

(Hg.), *Graue Theorie. Die Kategorien Alter und Geschlecht im kulturellen Diskurs*, Köln 2007, S. 53–76.

<sup>12</sup> Karl Dietrich Bracher, *Experience and Concepts. Between Democracy and Dictatorship*, in: *Government and Opposition* 15 (1980), Nr. 3/4, S. 289–296, hier S. 291.

<sup>13</sup> Kurt Sontheimer, *Student Opposition in Western Germany*, in: *Government and Opposition* 3 (1968), Nr. 1, S. 49–67.

<sup>14</sup> Karl Dietrich Bracher im Gespräch mit Werner Link: *Zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft*, in: Hartmut Lehmann/Otto Gerhard Oexle (Hg.), *Erinnerungsstücke. Wege in die Vergangenheit. Rudolf Vierhaus zum 75. Geburtstag gewidmet*, Wien/Köln/Weimar 1997, S. 21–47, hier S. 27 f.

<sup>15</sup> Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, 5. Aufl. Villingen 1971 (zuerst 1955); vgl. dazu auch Winfried Süß, *Zeitgeschichte als Demokratiewissenschaft. Karl Dietrich Bracher und das Ende der Weimarer Republik*, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.), *50 Klassiker der Zeitgeschichte*, Göttingen 2007, S. 47–51.

Fraenkel zusammen, mit dem er das erste deutschsprachige Handwörterbuch der Politikwissenschaft erarbeitete.<sup>16</sup> 1959 folgte er dann einem Ruf an die Universität Bonn, der er auch dann noch treu bleiben sollte, als er 1967 ein Angebot aus Harvard erhielt.<sup>17</sup>

Erwin K. Scheuch war bekanntlich weder Zeithistoriker noch Politikwissenschaftler, sondern Soziologe – und damit Vertreter des zweiten großen Modefachs der sechziger (und siebziger) Jahre. Zusammen mit Bracher gehörte er zu den öffentlichkeitswirksamsten liberalen Hochschullehrern seiner Generation und griff, nicht selten Seite an Seite mit dem Bonner Zeithistoriker, in das gesellschaftspolitische Geschehen ein. So engagierte er sich gemeinsam mit Bracher gegen die Notstandsgesetze. Zu den USA hatte Scheuch ein besonders inniges Verhältnis. 1950 ging er als Student in die Vereinigten Staaten, machte dort seinen ersten Abschluss und heiratete eine amerikanische Kommilitonin. Kein Wunder, dass sein erster nicht sein einziger Aufenthalt in den USA bleiben sollte. 1959/60 war er Stipendiat der Rockefeller Foundation und forschte an der Columbia University sowie in Chicago und Berkeley. Kurze Zeit später erhielt er einen Ruf nach Harvard, wo er sich der politischen Soziologie zuwandte. 1964 dann folgte der gebürtige Kölner einem Ruf an die Universität seiner Heimatstadt, wo er sich zunächst empirischen Sozialforschungen zu Wählerverhalten und rechtsextremen Bewegungen widmete und bald auch die Strömung der Neuen Linken untersuchte.<sup>18</sup>

Die Ideologie aber, die sich vor der Neu-Kodierung des politischen Feldes durch die Studentenbewegung im Fadenkreuz der beiden hier diskutierten Politik- und Sozialwissenschaftler befand, war eine ganz andere: die „deutsche Sonderideologie“ vom Staat.<sup>19</sup> Vor dem eben skizzierten biographischen Hintergrund nicht weiter verwunderlich, waren Bracher und Scheuch von der Überlegenheit des „westlichen“, insbesondere des amerikanischen und britischen Wegs in die Moderne zutiefst überzeugt. Die Ursachen für die „deutsche Katastrophe“ wurden vorwiegend in spezifisch deutschen Traditionen gesehen, weniger in einer gemeineuropäischen Krise der Moderne zur Zwischenkriegszeit. Aus diesem Geschichtsbild, welches das konsensliberale Denken gewissermaßen nationalspezifisch unterfütterte, ergab sich eine

<sup>16</sup> Vgl. Karl Dietrich Bracher/Ernst Fraenkel (Hg.), *Staat und Politik*, Frankfurt a. M. 1957.

<sup>17</sup> Im akademischen Jahr 1967/68 hielt er sich indes als Fellow am Institute for Advanced Study in Princeton auf. 1963/64 hatte er schon am Center for Advanced Study in Stanford geforscht.

<sup>18</sup> Vgl. die von Scheuch zumindest autorisierten, wenn nicht sogar von ihm selbst verfassten biographischen Angaben in: Claus Grossner u. a. (Hg.), *Das 198. Jahrzehnt. Eine Team-Prognose für 1970 bis 1980*, Hamburg 1969, S. 529 f.

<sup>19</sup> Karl Dietrich Bracher, *Staatsbegriff und Demokratie in Deutschland* [Eröffnungsvortrag zur Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in München Ende des Jahres 1967], in: *PVS 9* (1968), H. 1, auch in: ders., *Das deutsche Dilemma. Leidenswege der politischen Emanzipation*, München 1971, S. 11–40, hier S. 14.

betont kritische Einstellung gegenüber dem bundesrepublikanischen Staat und eine besondere Wachsamkeit vor dem Wiederaufleben antidemokratischer Traditionen. Allzu sehr nur war man sich der Persistenz mentaler Strukturen bewusst, verfolgte man doch das „deutsche Sonderbewusstsein“ bis an den Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Damals, so argumentierte Bracher in seinem Eröffnungsvortrag zur Tagung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft Ende 1967, bildete sich jene Konfrontation von „westlicher Demokratie und deutschem Staat“ heraus, „die für die Entwicklung eines deutschen Sonderbewusstseins von so großer, schließlich so verhängnisvoller Bedeutung wurde.“<sup>20</sup>

### Karl Dietrich Brachers Plädoyer für eine „Demokratisierung des Staates“

Hart ging Bracher mit dem Bismarckreich ins Gericht, das von „Machtkult und Untertanengeist“, von „autoritären Ordnungs- und Prestigevorstellungen“ durchtränkt gewesen sei. „General Dr. von Staat“ habe dort das Regiment geführt, zitierte er Thomas Mann, der für Brachers Generation das unbestrittene intellektuelle Vorbild<sup>21</sup>, zugleich aber natürlich auch selbst Teil der deutschen Krankengeschichte war (man denke nur an Manns *Betrachtungen eines Unpolitischen*). Auch die Weimarer Republik konnte das „alte deutsche Dilemma“ vom schier unaufhebbaren Gegensatz zwischen Staat und Demokratie nicht lösen. Im Gegenteil: Brachers Kollege Kurt Sontheimer hatte in seiner Habilitationsschrift von 1962 die innere Verwobenheit von antidemokratischem Denken und deutscher Staatsidee herausgearbeitet, die einer Verwestlichung Deutschlands beharrlich entgegenwirkte.<sup>22</sup> Für Bracher hatte man 1918/19 die Chance zu einer „demokratischen Revolution“ vertan. Darin

<sup>20</sup> Ebd., S. 14.

<sup>21</sup> Kurt Sontheimer etwa widmete Thomas Mann sein erstes Buch. Und für den schon erwähnten Rolf Schörken, Generationsforscher in eigener Sache, war Mann sogar eine „wahre Hermes-Gestalt“, ein „Öffner der Wege“ in Kultur und Politik, der Licht brachte in den „Schlagschatten des Krieges“ und die zentralen Kategorien und Denkfiguren vermittelte, die einem Großteil der 45er bei Kriegsende, mitten „in einer Lebensphase besonderer Bildsamkeit“, noch völlig unbekannt waren. Schörken, Niederlage als Generationserfahrung (wie Anm. 10), S. 11, 131, 133.

<sup>22</sup> Vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. Studienausgabe mit Ergänzungsteil, München 1968 (zuerst 1962); vgl. dazu auch Riccardo Bavaj, Hybris und Gleichgewicht. Weimars „antidemokratisches Denken“ und Kurt Sontheimers freiheitlich-demokratische Mission, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 3 (2006), S. 315–321.

stimmte er mit Weimarer Linksintellektuellen vollkommen überein.<sup>23</sup> Aus der „halben Revolution“ war die Weimarer „Kompromissmischung“ einer „halben Demokratie“ hervorgegangen.<sup>24</sup>

Und wie verhielt es sich mit der Bonner Republik? War sie wie ihr Vorgänger auf Sand gebaut, oder besser: auf dem Granitfels deutscher Staatsideologie errichtet? Gerade die Kontroversen um die Notstandsgesetzgebung, gegen die sich Bracher, wie schon gesagt, mit aller Kraft engagierte, zeigten ihm, dass „selbst unter den veränderten Verhältnissen des [Grundgesetzes] die Spannungen zwischen demokratie- und staatsorientiertem Politikverständnis fortbest[anden] oder gar sich verschärf[ten]“.<sup>25</sup> Eindringlich warnte er vor einer möglichen Krisensicherung der Bonner Republik durch „Suspendierung der Demokratie“, gelangte man so doch wieder zu der „fatalen Scheidung zwischen einer Demokratie für Schönwetterzeiten und einem transdemokratischen Staat darüber“. Nur zu deutlich war ihm die „Selbstausschaltung“ der Demokratie zwischen 1930 und 1933 im Gedächtnis, mit der er sich in seiner Weimar-Studie so ausführlich auseinandergesetzt hatte. Für die Stabilisierung eines modernen Staates konnte es in seinen Augen nur eine Strategie geben: „mehr Demokratie mit vielschichtiger Partizipation der Bürger“, oder anders gesagt: „Demokratisierung des Staates“. Der Begriff des Staatlichen als solcher sei nur noch als „Funktion des vielschichtigeren demokratischen Prozesses“ zu rechtfertigen.<sup>26</sup> Für die Politikwissenschaft, die Bracher nicht nur als Wissenschaft *von* der Demokratie, sondern auch als „Wissenschaft *für* die Demokratie“ verstand, ergab sich aus der Demokratisierungs-Maxime die gesellschaftliche Verpflichtung, durch „kritische, aufklärende Arbeit“ darauf hinzuwirken, dass „anstelle einer verbrauchten [...] National- und Staatsideologie obrigkeitlicher Prägung ein gesellschaftlich offenes, entschieden demokratisches, nicht länger unpolitisches Staatsverständnis Gemeingut“ würden.<sup>27</sup>

Das war die Quintessenz von Brachers politisch-professioneller Position, mit der er sich, wie so viele andere „liberal-kritische“ Intellektuelle seiner Generation,

<sup>23</sup> Vgl. Riccardo Bavaj, *Von links gegen Weimar. Linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik*, Bonn 2005, bes. S. 427 f., 440.

<sup>24</sup> Bracher, *Staatsbegriff und Demokratie* (wie Anm. 19), S. 25.

<sup>25</sup> Ebd., S. 31 f. Zustimmung zitierte er auch seinen Kollegen Helmut Ridder, den vehementesten Gegner der Notstandsgesetze aus der Reihe westdeutscher Hochschullehrer, dass „die unechten Revolutionen von 1918 und 1945/46 den bürokratischen Körper im wesentlichen unangetastet ließen“. Ebd., S. 32.

<sup>26</sup> Ebd., S. 37, 40. Umso besorgniserregender musste auf Bracher die „fortschreitende Institutionalisierung aller Bereiche“ wirken, in der er die „Tendenz zu einer ‚Verstaatlichung der Demokratie‘“ erkannte. Es könnten „Leerräume außerhalb des verfestigten Systems entstehen, in die sich die ausgesperrte politische Dynamik verlagern, schließlich gegen das System selbst wenden könnte“. Ebd., S. 37, 39.

<sup>27</sup> Ebd., S. 40. Hervorhebung im Original.

an jenem facettenreichen Demokratiediskurs beteiligte, der in der Bundesrepublik Ende der fünfziger Jahre einsetzte, im darauffolgenden Jahrzehnt immer intensiver geführt wurde und sich schließlich gegen Ende der sechziger Jahre unter Einwirkung radikal-pluralismuskritischer Positionen wie der von Johannes Agnoli polarisieren sollte.<sup>28</sup> Im Zuge der Neu-Kodierung des politischen Feldes nach „1968“ kristallisierte sich aus dem Demokratiediskurs eine Wasserscheide heraus, welche, grob gesprochen, die Strömungen zweier verfeindeter Lager voneinander trennte, die „Progressiven“ von den „Konservativen“, die „Linken“ von den „Reaktionären“. Die entscheidende Gretchenfrage der Zeit: Nun sag, wie hast du's mit der Demokratie? Oder prosaischer: Was hältst Du von Demokratisierung?, wurde zum Lackmustest, der Auskunft darüber gab, wer man war und wohin man gehörte.

Während der Studentenrevolte aber, dieser Zeit fundamentaler Verunsicherung, erzeugte ein solcher Test, das klang beim eingangs zitierten *Zeit*-Redakteur schon an, eher Konfusion – zumal bei den vormals als „liberal-kritisch“ Apostrophierten, die, wie Kai Hermann schrieb, „den alten politischen Standort verloren und einen neuen noch nicht gefunden“ hatten.<sup>29</sup> Doch auch vor der Studentenrevolte ergab der Test mit der Gretchenfrage mehrdeutige Ergebnisse. Sicher: Verstand man sich als kritischer Liberaler, war man für „mehr Demokratie“. Doch war natürlich nicht jeder, der vor „1968“ für Demokratisierung war, zugleich ein Liberaler (man denke nur an „Alt-Linke“ wie Wolfgang Abendroth oder „Neu-Linke“ wie Jürgen Habermas). Entscheidend für die Entwicklung der politischen Kultur der Bonner Republik aber war, dass es vor der Revolte zwischen dem liberalismuskritischen Habermas und dem „liberal-kritischen“ Bracher eine politische Schnittmenge gab, die nach „1968“ zusehends kleiner wurde und während der siebziger Jahre fast vollständig zu verschwinden schien.

Vor der Revolte teilte Bracher mit linken Intellektuellen nicht nur Staatskepsis und Demokratisierungspostulat, wenn auch in verschiedener Ausprägung und aus unterschiedlichen Quellen gespeist, sondern auch, das war gewissermaßen die Kehrseite der Medaille, die Besorgnis, dass in der politischen Kultur der „zweiten Republik“ die beiden deutschen Untugenden, nämlich Nationalbewusstsein und Staatsbewusstsein, fröhliche Urständ feierten. An Indizien für so besorgniserregende Tendenzen mangelte es Bracher nicht: Zunächst einmal war da der rasante Aufstieg der NPD. Aber auch die Gründung einer wissenschaftlichen Zeitschrift wie *Der Staat*, die, so Bracher, „mit viel Sympathie für Carl Schmitt“ Staatsideo-

<sup>28</sup> Vgl. Moritz Scheibe, Auf der Suche nach der demokratischen Gesellschaft, in: Ulrich Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 245–277.

<sup>29</sup> Hermann, Liberale und Revolutionäre (wie Anm. 1), S. 168.

logie pflege, bereitete ihm Kopfschmerzen.<sup>30</sup> Außerdem sah der Bonner Zeithistoriker die „Neigung zu einem ebenso wehleidigen wie trotzigem Selbstwertgefühl“ in Äußerungen seines konservativen Kollegen Gerhard Ritter ebenso manifestiert wie in Franz Josef Strauss' Forderungen nach der Überwindung eines angeblichen „Sühnedeschtums“.<sup>31</sup>

Auf derartige Aktualisierungen eines „deutschen Sonderbewusstseins“ machte Bracher nicht erst in seiner Rede vor der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft Ende 1967 aufmerksam. Schon im März desselben Jahres hatte er im *Spiegel* unter dem Titel *Wird Bonn doch Weimar?* die Alarmglocken läuten lassen. Wie zu Weimarer Zeiten, warnte er, würde „der Staat von Demokratie abgehoben, ja ihr vielfach entgegengesetzt“. „Staatsschutz, Staatsbewusstsein, Staatsnotstand“: So lauteten seit einiger Zeit die „Schlüsselworte“ der öffentlichen Debatte. Nicht erst die Notstandsdiskussion, schon die vom Schmitt-Schüler Rüdiger Altmann entworfene Vision der „formierten Gesellschaft“, entwickelt für den sich als „unpolitischen Wohltäter“ und überparteilichen „Volkskanzler“ gerierenden Erhard, zeigte Bracher, dass ein Verständnis vom Staat als „gutorganisiertem, nur auf Effizienz gestelltem Betrieb, in dem jedem auf gut autoritäre Weise der Platz angewiesen“ werde, offenbar „immer noch [dem] Staatsideal allzu vieler“ entsprach.<sup>32</sup>

Die „Schatten von Weimar“, hier verstanden als „Schatten des traditionellen Obrigkeitsstaates“<sup>33</sup> (und nicht, wie liberal-konservative Intellektuelle nur wenig später meinen sollten, als Schatten des ideologischen Klammergriffs von Rechts- und Linksextremismus), schienen also noch längst nicht gebannt. Für Bracher waren sie in ihrer ganzen Bedrohlichkeit erst jetzt wieder klar zu erkennen. Zum einen, so argumentierte er, trete nach dem Ende von Adenauers „patriarchalischem Erfolgsregime“ und dem Scheitern von Erhards „unpolitischem Zwischenexperiment“ die „Problematik der deutschen Demokratie“ mit aller Deutlichkeit zutage. Zum anderen zerfalle mit dem Einsetzen der Entspannungspolitik der „Schutzpanzer des Kalten Krieges“, und die westeuropäische Integration zeige ernsthafte Dekompositionerscheinungen. Laut Bracher waren damit die „langen Jahre der Abschirmung von

<sup>30</sup> Bracher, Staatsbegriff und Demokratie (wie Anm. 19), S. 30, 34. In seiner Skepsis gegenüber dieser Zeitschrift war er sich vor allem mit seinem liberalen Kollegen Christian Graf von Krockow einig, der die ersten Jahrgänge einer grundlegenden Kritik unterzogen hatte. Christian Graf von Krockow, Staatsideologie oder demokratisches Bewusstsein. Die deutsche Alternative, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), S. 118–131.

<sup>31</sup> Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln/Berlin 1969, S. 541.

<sup>32</sup> Ders., Wird Bonn doch Weimar?, in: Der Spiegel, 13.3.1967, Nr. 12, S. 60–68, hier S. 67 f.

<sup>33</sup> Unter „Schatten des traditionellen Obrigkeitsstaates“ fasste Bracher vor allem eine Haltung, die „Staatsräson vor bürgerliche Freiheit, administrativen Perfektionismus vor parlamentarische Kontrolle, bürokratisch-autoritäre Notstandsplanung vor demokratische Verantwortung setzt“. Ebd., S. 63.

oben und außen“ vorbei. Man lebte seitdem in einer Phase des Übergangs nach einer „fast zwanzigjährigen Sonderlage“: „Je mehr sich die Klammern von Besatzungs- und Integrationspolitik lockern, desto deutlicher tritt das Unfertige [...] hervor.“<sup>34</sup>

Besonders sorgenvoll betrachtete der Politikwissenschaftler den „unfertigen, unsicheren Zustand des politischen Bewusstseins“ der Westdeutschen. Seien sie doch unter Adenauer weniger an demokratische Verantwortung als an „obrigkeitliche, fast unpolitische Stabilität“, ja an eine „Ordnung wilhelminischen Zuschnitts“ gewöhnt worden.<sup>35</sup> Und auch die Bildung der Großen Koalition wollte ihm, ganz anders als etwa dem „rechten Sozialdemokraten“ Wilhelm Hennis<sup>36</sup>, vor allem als Krisenphänomen erscheinen. Offensichtlich, so mutmaßte er, fehlten in der Bonner Politik die Bereitschaft und der Mut, „die vordemokratische Vorstellung vom starken ‚Staat über den Parteien‘ durch die Einsicht in die Notwendigkeit einer starken Opposition und eines Wechsels von Regierung und Opposition zu ersetzen“.<sup>37</sup> Große Koalition und Notstandsgesetze wertete Bracher nicht gerade als Zeichen für eine Hinwendung zur „Normalität“ westlicher Demokratien. Die „Probe als demokratischer Staat“ hatte die Bundesrepublik erst noch zu bestehen. Menetekelhaft fragte Bracher daher, ob „ökonomischer Wohlstand“ und „politische Rehabilitierung“ (durch Europapolitik und Westbindung) tatsächlich auf so „sicherem Grund“ stünden, wie so häufig angenommen. Er befürchtete, dass den Westdeutschen Demokratie nur dann akzeptabel erschien, wenn sie einer Wohlstandsgesellschaft wirtschaftliche Blüte sichere und die Regierung sich als „über den Parteien und ihrem als ‚Kuhhandel‘ verachteten Kompromiss“ stehend präsentiere.<sup>38</sup>

<sup>34</sup> Ebd., S. 63, 68.

<sup>35</sup> Ebd., S. 68.

<sup>36</sup> Vgl. Wilhelm Hennis, Wer hat gesündigt? Ein Stück demokratischer Prosa, in: Die Zeit, 16.12.1966, Nr. 51, S. 3; vgl. auch ders., Wie wollen wir regiert werden? Die Zukunftsaussichten des parlamentarischen Regierungssystems in der Bundesrepublik, in: Die Zeit, 15.3.1968, Nr. 11, S. 9–10; ders., Große Koalition ohne Ende? Die Zukunft des parlamentarischen Regierungssystems und die Hinauszögerung der Wahlrechtsreform, München 1968.

<sup>37</sup> Bracher, Wird Bonn doch Weimar? (wie Anm. 32), S. 64; ebenfalls kritisch: Christian Graf v[on] Krockow, Bonns Sündenfall. Eine demokratische Elegie, in: Die Zeit, 16.12.1966, Nr. 51, S. 3.

<sup>38</sup> Bracher, Wird Bonn doch Weimar? (wie Anm. 32), S. 63, 68. Bracher stellte die bange Frage, was von einer Demokratie bleibe, deren Akzeptanz vorrangig auf „Sicherheit und Wirtschaftsblüte“ gestützt sei, „wenn die spezifischen Voraussetzungen wegfallen und ökonomische oder nationale Belastungen auf uns zukommen“. Ihm war wohlbewusst, in welchem hohem Maße eine „formal stabile Demokratie“ wie die der Bundesrepublik weiterhin von „unsicheren Faktoren“ wirtschaftlicher, politischer, aber auch „psychologischer Art“ abhängig war. Ebd., S. 68.

Trauerfeiern für Benno Ohnesorg in Bonn und Köln

Ende 1967 zog Bracher die ernüchternde Bilanz, dass Deutschlands „antipluralistische Staatstradition“, im deutschen „Sonderbewusstsein“ so tief verwurzelt, anscheinend „noch immer populär“ war, ja sich sogar in „Intoleranz und Verächtlichmachung missliebiger-andersdenkender Minderheiten“ äußerte.<sup>39</sup> Welche Gruppe er hier vor allem im Sinn hatte, als er von „missliebiger-andersdenkenden Minderheiten“ sprach, dürfte nicht schwer zu erraten sein. Am 9. Juni desselben Jahres hatte er die Art und Weise, wie die Polizei gegen die Anti-Schah-Demonstranten vom 2. Juni vorging, *expressis verbis* als „bewussten Terror gegen Andersdenkende“ bezeichnet. Von den Bonner Professoren hatte er es übernommen, bei der vom AStA organisierten Trauerfeier eine Rede anlässlich der „Misshandlung und Erschießung des Berliner Studenten Benno Ohnesorg“ zu halten.<sup>40</sup> Bracher nahm die Trauerfeier zum Anlass, *coram publico* auf das „gestörte Verhältnis von Staatsbürger und Autorität“ aufmerksam zu machen, das er in der Bundesrepublik schon seit einiger Zeit beobachtete und das er in den weitverbreiteten Ressentiments gegen die Studentenbewegung aktualisiert fand. Nicht nur der Polizeieinsatz an sich, sondern vor allem die „autoritären Verschleierungsversuche“ von Seiten der Politik und der Medien offenbarte ihm mit erschreckender Sinnfälligkeit, „dass Ruhe und Ordnung um fast jeden Preis in der Werteskala dieses Staates und dieser Gesellschaft oben an stehen“. Er mockierte sich über jene „Gartenzwergideologie“, unter der sich der Bürger gemütlich geborgen fühlt, aber umso schärfer auf jede Störung der Ordnung reagiert“. Bezeichnenderweise fühlte er sich bei der Presse des Springerkonzerns, der in seinen Augen „so viel Mitschuld an der Radikalisierung des politischen Klimas“ trug, an die „Hetzkampagnen der Hugenberg-Presse“ erinnert, an denen die Weimarer Republik einst zerbrochen sei. Auch bei dieser Gelegenheit betonte Bracher, dass er die Bonner Republik auf ebenjenem Weg verhängnisvoller Verführung sah, welche die „deutsche Leidensgeschichte“ vor und nach der missglückten Revolution von 1848 „begleitet und verzerrt“ habe: „dem Vorrang des Staates vor der Demokratie“.<sup>41</sup>

Ein liberal-demokratisch verfasster Staat wie die Bundesrepublik, betonte er vor den Bonner Studenten, sei doch gerade auf den „kritisch Denkenden und zum unabhängigen Engagement bereiten Staatsbürger“ angewiesen.<sup>42</sup> Endlich schienen die Studenten jenem Bild vom politisch engagierten Bürger zu entsprechen, das liberal-

<sup>39</sup> Bracher, Staatsbegriff und Demokratie (wie Anm. 19), S. 39.

<sup>40</sup> Karl Dietrich Bracher, Rede anlässlich der Trauerfeier des AStA der Universität Bonn am 9. Juni [1967], in: Knut Nevermann, der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Schah-Besuchs, hg. vom Verband Deutscher Studentenschaften, Köln 1967, S. 43–46, hier S. 43.

<sup>41</sup> Ebd., S. 44, 46.

<sup>42</sup> Ebd., S. 44.

kritische Intellektuelle seit Jahren als ideales Produkt ihrer politischen Bildungsanstrengungen entworfen hatten. Mit großem Unbehagen hatte man in den Jahren zuvor Studien wahrgenommen, die, vor allem im Umkreis des Frankfurter Instituts für Sozialforschung entstanden<sup>43</sup>, unter Studenten eine weitgehende politische Indifferenz festgestellt hatten. Nicht nur Bracher erblickte im plötzlich aufblühenden politischen Engagement eine positive Entwicklung hin zu einer wahrhaft „lebendigen Demokratie“, also hin zu einer „konkreten Verwirklichung der freiheitlich-demokratischen Verfassungsordnung“ – so wie er sie in den „westlichen Demokratien“ der Vereinigten Staaten und Großbritanniens exemplifiziert sah.<sup>44</sup>

Eine effektive Kontrolle westdeutscher Staatsmacht erforderte deshalb gewissermaßen eine Verwestlichung des spezifisch deutschen Freiheitsbegriffs, wie ihn Leonard Krieger 1957 (*The German Idea of Freedom*) so plastisch analysiert hatte. Denn nur aus dem Verständnis von Freiheit als einem „moralisch-innenpolitischen Begriff“ (Thomas Mann 1945), nicht länger abhebend auf eine „einseitig außenpolitisch“ orientierte Staatsfreiheit, könne eine „ernsthafte Opposition“ erwachsen. „Ganz wesentlich“ erst durch sie existiere Demokratie – und nicht etwa nur, wie er im Gegensatz zum konstitutionellen Liberalismus meinte, durch „äußere Institutionen und Formen“. Als existentielles Lebenselixier bedürfe die Bonner Demokratie also einer aufgeklärt-kritischen, „wissenden Öffentlichkeit“. Sie müsse gerade deshalb „andersdenkende Minderheiten nicht nur ertragen, sondern anerkennen und notfalls schützen“.<sup>45</sup>

Zwei Tage, bevor Bracher seine Trauerrede an der Universität Bonn hielt, hatte im benachbarten Köln Erwin K. Scheuch auf einer vom dortigen AStA organisierten Veranstaltung zum Tod Benno Ohnesorgs den protestierenden Studenten Rückendeckung gegeben. Er sah die „Zeit zum kritischen Protest“ gekommen, in einer Gesellschaft, „die Ordnung über Wahrheit, und erst recht über Kritik zu stellen“ pflege. Mit diesen Worten stimmte er die gleiche Grundmelodie an, die Brachers Rede tragen sollte, nur etwas weniger akademisch: „Wir haben das Recht“, rief er den Studenten zu, „in öffentlichen Versammlungen darzutun, wenn uns etwas im Staate missfällt. Wir haben das Recht, einem Besucher unseres Staates zu zeigen, wenn wir ihn nicht mögen.“ Dieses verfassungsmäßig verbrieftes Bürgerrecht der freien Meinungsäußerung sah Scheuch am 2. Juni eklatant verletzt. In einer Demokratie habe die Polizei

<sup>43</sup> Vgl. vor allem Jürgen Habermas u. a., *Student und Politik*, Frankfurt a. M. 1961 (2. Aufl. 1967); Ludwig von Friedeburg, *Jugend in der modernen Gesellschaft*, Köln/Berlin 1965.

<sup>44</sup> Bracher, Rede anlässlich der Trauerfeier des AStA der Universität Bonn (wie Anm. 40), S. 44. Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, so schien es ihm, musste man es doch zunächst einmal begrüßen, wenn unter „entschieden denkenden“ Studenten die Empfindlichkeit gegen solche „autoritären Tendenzen“ besonders ausgeprägt war, „denen vorangehende Generationen einst erlegen [waren]“. Ebd., S. 45.

<sup>45</sup> Ebd., S. 45 f.

schließlich „nicht den Auftrag, politische Gegner zum Schweigen zu bringen oder einzuschüchtern“. „Mit dem Gummiknüppel junge Menschen in Ecken zusammentreiben und zusammenschlagen“, gehöre sicherlich nicht zu den Aufgaben einer Polizei in einer liberalen, pluralistischen Demokratie.<sup>46</sup>

Interessanterweise verwies Scheuch auf die gemäßigtere Reaktion US-amerikanischer Behörden auf Anti-Vietnamkriegsdemonstrationen. Sicherlich seien viele auch in den USA über die Protestaktionen nicht erfreut, doch wie anders reagiere man dort. Hier schien sich wieder einmal, trotz der Selbstdiskreditierung in Vietnam, die demokratische Reife einer „westlichen Demokratie“ zu zeigen, von der ein obrigkeitlichen Traditionen verhafteter Staat wie die Bundesrepublik am 2. Juni weit entfernt wirkte.<sup>47</sup>

Wie Bracher sah er gerade in den Hochschulen einen prädestinierten Ort, die politisch-kulturelle Lücke zwischen der Bundesrepublik und den „westlichen Demokratien“ zu schließen. Für den „liberalen Kritiker“ Scheuch waren gerade sie der Ort, „an dem sich kritisches Bewusstsein real verwirklichen sollte“. Ja, sie waren gewissermaßen Entwicklungsagenturen für „kritisches Bewusstsein“. Die Hochschulen, betonte der Kölner Soziologe, würden schlechterdings ihrer Aufgabe nicht gerecht, „wenn Studenten nicht kritischer wären als ihre Mitbürger, wenn sie nicht leichter protestierten als Familienväter im Beruf“.<sup>48</sup>

Ganz im Gegensatz zur traditionell-konservativen Mehrheit seiner Kollegen, aber auch zu der sich nur wenig später formierenden Gruppe liberalkonservativer Hochschullehrer, zu der er selbst gehören sollte, warb Scheuch offensiv für ein intergenerationelles Verständnis der gesellschaftlichen Ursachen der Studentenrevolte. Und die suchte er weniger bei den jüngeren als vielmehr bei den älteren Bürgern der Bonner Republik. „Warum protestieren diese jungen Menschen?“, fragte er. „Vielleicht haben die älteren Menschen hieran schuld?“ Als wichtigsten Grund für das gewachsene „kritische Bewusstsein“ nannte Scheuch die in weiten Teilen von Politik und Gesellschaft herrschende eigentümliche „Ruhe“ und bezog damit die „Unruhe an den Hochschulen“ dialektisch auf ein Phänomen, das unter „liberal-kritischen“ Intellektuellen schon seit einiger Zeit, verstärkt aber seit Bildung der Großen Koalition diskutiert wurde: Erstarrung und Immobilismus der Bonner Republik. Ähnlich wie Bracher, der in seinem *Spiegel*-Artikel das „Stagnieren der Politik“ und die „Steigerung des bürokratischen Verwaltungsstaats“ angeprangert hatte<sup>49</sup>,

<sup>46</sup> Erwin K. Scheuch, Rede anlässlich der Trauerfeier des AstA und der politischen Studentengruppen der Universität Köln am 7. Juni [1967], in: Nevermann, der 2. Juni 1967, S. 78–81, hier S. 78 f.

<sup>47</sup> Ebd., S. 79.

<sup>48</sup> Ebd., S. 80.

<sup>49</sup> Bracher, Wird Bonn doch Weimar? (wie Anm. 32), S. 67.

klagte Scheuch darüber, dass die Politik gesellschaftliche Gegensätze nicht mehr zum „Gegenstand öffentlicher Diskussion“ mache. „Wo sonst“, fragte er, „kann heute noch über wirkliche Gegensätze gestritten [...] und [...] auf unerfreuliche Wandlungen in der Gesellschaft öffentlich reagiert werden, wenn nicht in unseren Hochschulen.“<sup>50</sup>

Erwin K. Scheuchs Suche nach einer Erklärung für die Studentenproteste

Diesen Gedanken führte der Kölner Soziologe Ende Juli 1967 auf einer in Berlin veranstalteten Tagung zum Thema „Student und Politik im geteilten Deutschland“ weiter aus, zu der er von dem Verband Deutscher Studentenschaften und dem Kuratorium Unteilbares Deutschland als Tagungsleiter eingeladen worden war. Ähnlich wie übrigens auch Richard Löwenthal, der als wohl prominentester Gast der Tagung auf „Erstarrungstendenzen“ und „Lähmungserscheinungen“ der Bonner Demokratie sowie auf den kritikwürdigen Zustand einer „allzu gefestigten“, „allzu selbstzufriedenen Gesellschaft“ hinwies<sup>51</sup>, beklagte Scheuch, dass die westdeutsche Gesellschaft zusehends an Dynamik verliere, da der stetige „Zuwachs an Regelungen und Richtlinien“, die ja immer auch „vorweggenommene Entscheidungen“, also ein weniger an Demokratie bedeuteten, mit einer Verselbständigung von Institutionen und einer Einschränkung des „Freiheitsspielraums des Individuums“ einhergehe. In diesem Zusammenhang besonders hellhörig wurde Scheuch bei den Ausführungen des damaligen Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz, des CDU-Politikers Claus-Joachim von Heydebreck, der ebenfalls auf der Tagung sprach. Scheuch war vor allem über die irritierende Häufung folgender Worte gestolpert: „Staat, Amt, Rechtsordnung, Anhörung.“ Hinter diesen Worten schimmerte seiner Ansicht nach ein fatales Verständnis von Demokratie durch, „die Vorstellung nämlich, Demokratie sei der Rechtsstaat, in dem sich Parteien in regelmäßigen Abständen Legitimität holen, um dann zwischenzeitlich autonom entscheiden zu können“. Das war für Scheuch nichts anderes als „Diktatur auf Zeit mit Volksbestimmung“.<sup>52</sup>

Explizit machte er darauf aufmerksam, dass sich ein solch gewissermaßen konstitutionell-liberal verkürztes Demokratieverständnis signifikant von dem unterscheide, „was in der westlichen Welt unter Demokratie verstanden“ werde. Dort fungiere die

<sup>50</sup> Scheuch, Rede anlässlich der Trauerfeier des AStA (wie Anm. 46), S. 79 f.

<sup>51</sup> Richard Löwenthal, Redebeitrag, in: Kuratorium Unteilbares Deutschland (Hg.), Student und Politik im geteilten Deutschland. Ergebnisse einer Diskussion, Bonn-Bad Godesberg [1967], S. 64–74, hier S. 65 f., 68; leicht verändert abgedruckt unter dem Titel „Zum politischen Engagement der Studenten“ auch in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B44/67, 1967, S. 12–16.

<sup>52</sup> Erwin K. Scheuch, Redebeitrag, in: Kuratorium Unteilbares Deutschland (Hg.), Student und Politik im geteilten Deutschland, S. 127–134, hier S. 131 f.

Öffentlichkeit jederzeit als „allzuständiges Korrektiv für jegliche spezielle Institution“. Scheuchs grundsätzliche Sympathie für studentische Forderungen nach einer Demokratisierung gesellschaftlicher Bereiche (über die Einführung von Elementen plebiszitär-demokratischer Mitbestimmung) hatte ganz wesentlich mit seiner eigenen politischen Sozialisation zu tun, worauf er interessanterweise auf der Tagung auch selbst hinwies: Wie selbstverständlich sei er in ein „angelsächsisches, genauer amerikanisches Verständnis“ von Demokratie hineingewachsen.<sup>53</sup>

Für das Unverständnis, das weite Teile der älteren Bevölkerung den studentischen Wünschen nach einer stärker partizipativ-plebiszitären Demokratie entgegenbrachten, machte Scheuch vor allem unterschiedliche generationelle Erfahrungshorizonte verantwortlich. Die Erfahrung des Nationalsozialismus habe viele misstrauisch gemacht gegenüber den Auswirkungen plebiszitärer Elemente auf die Funktionsfähigkeit einer Parteien-Demokratie. Dieses Misstrauen gegenüber direktdemokratischen Elementen, ja das „Erschrecken“ über ihre potentiellen Folgen sei einer „Generation, die den Nationalsozialismus erfuhr“, wohl kaum auszureden. Vielmehr müsse es als „existentielle Erfahrung“ akzeptiert werden. Bedauerlich fand es Scheuch aber dennoch, dass dieser Erfahrungshorizont der Diskussion über eine partizipative Erweiterung demokratischer Strukturen enge Grenzen setzte.<sup>54</sup>

Vor diesem Hintergrund nicht weiter verwunderlich, deutete Scheuch die autoritären Reflexe weite Teile der westdeutschen Gesellschaft auf die studentischen Demonstrationen als spezifisch deutsche Reaktion auf ein transnationales Phänomen. Anstatt zu fragen, schrieb er Ende Juni in der *Welt*, „ob nicht die Gesellschaft selbst den Anstoß zu anstößigem Verhalten gegeben habe“, spreche aus vielen Reaktionen nur die altbekannte Haltung: „In Deutschland wird nicht rebelliert – oder zumindest nicht von normalen Deutschen.“ Und werde der öffentliche Friede dennoch gestört: „dann Kopf ab. Oder zumindest Knüppel raus.“ Scheuch dagegen wollte sich hier ein weiteres Mal an einer Erklärung versuchen, weshalb gerade aus „gutbürgerlichem“ Hause stammende Studenten lauthals protestierten, ja warum diese „frühzeitigen Beamten“, wie er sie ironisch nannte, urplötzlich zu Mao Tse-tung zitierenden Rebellen mit „Jiu-Jitsu-Taktik“ mutierten. Wie andere liberal-kritische Zeitanalysen vermutete Scheuch eine der wesentlichen Ursachen in dem frappanten „Widerspruch zwischen Erwartungen und Realität“. Die jüngere Generation schein

<sup>53</sup> Ebd., S. 130, 132. Scheuch, der sich eigentlich für einen „recht rechten SPD-Mann“ gehalten hatte, fand sich mit seinen Sympathien für plebiszitäre Elemente „sehr weit links von der SPD“ wieder. Ebd., S. 129.

<sup>54</sup> Ebd., S. 129 f., 132; über den Hiatus zwischen unterschiedlichen generationellen Erfahrungshorizonten reflektierte Scheuch auch in einem Vortrag, den er im Mai 1968 auf der 17. Jahrestagung des EMNID-Instituts in Hamburg hielt: Erwin K. Scheuch, Bereiten die Studenten den Bürgerkrieg vor? Zur Problematik der Umfrageforschung als Frühwarnsystem, München 1968, S. 21.

die ältere schlicht beim Wort zu nehmen: Sie erwarte „praktische Demokratie und Freiheit dort [...], wo wir Demokratie und Freiheit nur sagen“. Eindringlich warnte er davor, die jüngere Generation durch „obrigkeitsstaatliches Verhalten“ weiter von der Bonner Republik zu entfremden. Schließlich wirke die Behauptung „faschistoider Zustände“ für viele Studenten erst dann überzeugend, „wenn man [...] an das falsche Ende eines Polizeiknüppels“ gerate.<sup>55</sup>

### Positionswechsel und die Bildung des liberal-konservativen Lagers

Mit zunehmender Radikalisierung der Studentenproteste allerdings entwickelten sich Bracher und Scheuch, wie so viele andere liberal-kritische Hochschullehrer, von Kritikern zu „Apologeten des Status quo“.<sup>56</sup> Hatten sie die extremen *Formen* des Studentenprotests immer schon abgeschreckt – was nicht zuletzt auf verschiedene generationelle Stile zurückzuführen ist –, begannen sie nach und nach die neulinke *Ideologie* als ernsthafte Gefahr für die Existenz der Bundesrepublik wahrzunehmen. Es war also, dialektisch gedacht, nicht zuletzt die Studentenrevolte, die ihnen die grundsätzliche Zustimmungsfähigkeit der Bonner Republik stärker zu Bewusstsein brachte.<sup>57</sup> Sowohl Bracher als auch Scheuch, konfrontiert mit polarisierenden Fremdzuschreibungen von seiten radikaler Studenten, wechselten ihre Position insofern, als sie ihre Parteinahme für die studentischen Protestler weitgehend aufgaben und sich schützend vor die Institutionen des Staates stellten, nicht zuletzt vor Parlament und Universität. Doch blieben sie grundsätzlich dem konsensliberalen Denken verpflichtet, mit dem sie in den fünfziger Jahren vertraut geworden waren.

Andere sollten es ihnen früher oder später gleichtun: Kurt Sontheimer (1928–2005), Alexander Schwan (1931–1989), Christian Graf von Krockow (1927–2002), Hermann Lübke (geb. 1926) und Thomas Nipperdey (1927–1992) zum Beispiel – sämtlich Sozialdemokraten, die, bis auf Sontheimer, der Partei bald den Rücken kehrten. Bei der Neuen Linken mitunter als „reaktionäre Renegaten“<sup>58</sup> verschrien,

<sup>55</sup> Erwin K. Scheuch, Warum die jungen Pensionäre revoltieren, in: Die Welt, 28.6.1967, Nr. 147, S. 7.

<sup>56</sup> So Michael Sontheimer über die Entwicklung seines Vaters: Kurt Sontheimer und die 68er. Persönliche Anmerkungen zu einer politischen Kontroverse (2005) <http://www.gsi.uni-muenchen.de/aktuell/docs/sontheimerbeitrag.pdf>, S. [3].

<sup>57</sup> Natürlich spielten auch der erfolgreiche „Machtwechsel“ von 1969 und eine unübersehbare Abschwächung autoritär-obrigkeitsstaatlicher sowie rechtsradikal-nationalistischer Tendenzen eine Rolle.

<sup>58</sup> Kurt Sontheimer, Die Macht vor dem Tribunal der Intellektuellen (1988), in: ders., Von Deutschlands Republik. Politische Essays, Stuttgart 1991, S. 163–200, hier S. 191; vgl. auch ders., So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999, S. 133.

verließen sie nach und nach ihre Position als Anwalt für studentische Forderungen und formierten sich, mehr oder weniger bewusst, zu einer Gruppe liberalkonservativer Hochschullehrer. Manche von ihnen, wie Scheuch, Lübke und Löwenthal, zählten zu den treibenden Kräften, die den defensiven (Kampf-)Bund Freiheit der Wissenschaft ins Leben riefen. Der sollte, wie Löwenthal in einem *Spiegel*-Interview vom Juni 1970 betonte, den „Feinden unseres demokratischen Staates“ wirksam entgegentreten.<sup>59</sup> Der Positionswechsel liberal-kritischer Hochschullehrer hatte freilich auch damit zu tun, dass sich das politische Spektrum angesichts einer aufsteigenden Neuen Linken nach links hin erweiterte, wodurch viele Liberale fast schon automatisch, d. h. auch ohne ihren politischen Standpunkt zu revidieren, „nach rechts“ rückten. Vor diesem Hintergrund ist „1968“ nicht zu Unrecht, in impliziter Anknüpfung an ältere Forschungen zum Neokonservatismus<sup>60</sup>, unlängst als „Geburtsstunde eines demokratischen Liberalismus“ bezeichnet worden.<sup>61</sup>

Etliche liberale Hochschullehrer sahen durch „1968“ den Erfolg ihrer ureigensten Mission, nämlich einer konsensliberalen Demokratisierung der Bundesrepublik, zutiefst gefährdet. Ja, mehr noch: Sie, die sie die Stabilisierung der „zweiten Republik“ vor dem Hintergrund des kläglichen Scheiterns der ersten zu ihrem zentralen Projekt gemacht hatten, sahen nun angesichts der Verschiebung des „politischen Begriffsregisters“<sup>62</sup> nach links, also einer elementaren „Verunsicherung der politischen Sprache“<sup>63</sup> das geistig-kulturelle Fundament der Bonner Demokratie zusehends unterminiert. Erneut schienen „Weimars Schatten“ bedrohlich über der Bundesrepublik zu hängen. Doch anders als vor „1968“ waren es nun nicht mehr obrigkeitsstaatliche Traditionsüberhänge, die dunkle Schatten auf Gegenwart und Zukunft warfen, sondern Aktualisierungen romantisch-utopischen Denkens von links.<sup>64</sup>

<sup>59</sup> „Das ist die Abdankung der Demokratie“, in: Hans Maier/Michael Zöller (Hg.), *Gegen Elfenbeinturm und Kaderschmiede. Die hochschulpolitische Tagung in Bonn am 22. Juni 1970*, Köln 1970, S. 57–61, hier S. 57.

<sup>60</sup> Wolfgang H. Lorig, *Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika*, Opladen 1988.

<sup>61</sup> Jens Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006, S. 97; vgl. auch Moses, *German Intellectuals* (wie Anm. 11), S. 199–203.

<sup>62</sup> Jürgen Habermas, Einleitung, in: ders. (Hg.), *Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit“*. Bd. 1: *Nation und Republik*, Frankfurt a. M. 1979, S. 7–35, hier S. 21.

<sup>63</sup> Kurt Sontheimer, *Das Elend unserer Intellektuellen. Linke Theorie in der Bundesrepublik Deutschland*, Hamburg 1976, S. 252.

<sup>64</sup> Vgl. vor allem Löwenthal, *Romantischer Rückfall*; sowie als jüngstes Beispiel für eine Wiederbelebung dieses Deutungsansatzes unter expliziter Anlehnung an Löwenthal: Rüdiger Safarski, *Romantik. Eine deutsche Affäre*, München 2007, S. 384–392.

„Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft“ nannte Erwin K. Scheuch die vermeintlichen Neu-Romantiker in einem vielrezipierten Aufsatzband, der im Herbst 1968 erschien. Der Band versammelte Beiträge aus der Feder zahlreicher liberaler 45er, in Scheuchs Vorwort als Vertreter einer „Zwischengeneration“<sup>65</sup> angekündigt – weil sie sich zwischen der älteren „Kriegsjugend-Generation“ und der jüngeren, später so genannten „68er-Generation“ bewegten. So steuerten beispielsweise Gerhard A. Ritter (geb. 1929), Manfred Hättich (1925–2003) und Wilhelm Hennis (geb. 1923) Aufsätze bei; und mit dem an der Columbia University lehrenden Zbigniew Brzezinski (geb. 1928), einem der Hauptvertreter der Totalitarismustheorie, war sogar eine prominente Stimme aus den Vereinigten Staaten vertreten.

Schon das Vorwort ließ Scheuchs Positionswechsel evident werden. Während er den liberal-progressiven Standpunkt der in dem Aufsatzband versammelten Autoren betonte – allesamt dem Postulat „fortwährender Veränderung“ verpflichtet –, war kaum zu übersehen, dass er mittlerweile eine auf Bewahrung liberaler Institutionen zielende Verteidigungshaltung eingenommen hatte. Der ideologische Referenzrahmen des Konsensliberalismus blieb freilich intakt, ebenso wie das Selbstverständnis, eine an der „Wirklichkeit“ orientierte, von praktischer Vernunft geleitete Reformpolitik zu vertreten. Auf dieser Folie nahm der Kölner Soziologe, wie so viele seiner Gesinnungs- und Altersgenossen, die Studentenbewegung als „Analphabeten der Realität“ und chiliastische „Erweckungsbewegung“ wahr, die in ihrem Drang nach „Totalerklärung“ und revolutionärer Überwindung des Bestehenden ihren „totalitären Charakter“ offenbare.<sup>66</sup>

Scheuch, der seine Position als im emphatischen Sinne unideologisch verstand, überkam beim „Weltanschauungsprotest“ der Studentenbewegung das blanke „Entsetzen“ – eine Reaktion, die er, in aufschlussreicher Selbstreflexion, vor allem auf unterschiedliche generationelle Erfahrungshorizonte zurückführte. Die „Zwischengeneration“ erinnere sich der „elementaren Erfahrung“, dass in der Moderne alle Verbrechen großen Stils von Menschen verübt worden seien, die eine von „Weltanschauung“ geleitete Politik machen wollten: „Der Gesinnungskriminelle der Politik ist der typische Brandstifter und Mörder großen Stils in diesem Jahrhundert.“ Einer von eschatologischen Heilslehren ergriffenen „Erweckungsbewegung“, die es sich – wieder einmal – zur Aufgabe gemacht habe, einen „neuen Menschen“ zu schaffen, gelte es mit der Kraft der „Vernunft“ zu widerstehen.<sup>67</sup>

<sup>65</sup> Erwin K. Scheuch, Vorwort, in: ders. (Hg.), Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen, Köln 1968, S. 7–12, hier S. 11.

<sup>66</sup> Ebd., S. 9f., 12.

<sup>67</sup> Ebd., S. 11.

Vor diesem Hintergrund kann es kaum verwundern, in welche historische Kontinuität der Kölner Soziologe die Studentenbewegung stellte. Der Titel „Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft“ sollte nicht nur, wie Scheuch schrieb, auf die „böse historische Kontinuität der Vergewaltigung des Mitmenschen aus Gesinnung“ verweisen, wie sie bei den Täufern der Reformationszeit zu finden gewesen sei.<sup>68</sup> Die entscheidende Rolle, die generationellen Erfahrungshorizonten im Konflikt zwischen liberal-kritischen 45ern und liberalismuskritischen 68ern zukam, legte eine ganz andere Parallele nahe: zur Säkularreligion des Nationalsozialismus. Gemäß der totalitarismustheoretischen Grundierung konsensliberalen Denkens zogen denn auch zahlreiche liberale Hochschullehrer explizit Vergleichslinien zwischen NS-Bewegung und Neuer Linken. So auch Scheuch in seinem Beitrag zum *Wiedertäufer-Sammelband*, einem Aufsatz über das „Gesellschaftsbild der ‚Neuen Linken‘“.

Ganz bewusst wählte Scheuch provokante Vergleichspunkte: zum einen um den ideologischen Gegner zu diskreditieren, zum anderen um die Unterschiede zu verdeutlichen zwischen der „punktuellen Kritik“, die „liberale Kritiker“ gegenüber der bundesrepublikanischen Verfassungswirklichkeit vorbrachten, und der Fundamentalkritik, die von seiten radikaler Studenten geübt wurde. In seiner Analyse des antibürgerlichen und antiparlamentarischen Denkens der Neuen Linken meinte der Kölner Soziologe etwa, das „Großkapital“ nehme im Denken der Neuen Linken „die Stellung der Weisen von Zion im Denkgebäude der Nationalsozialisten“ ein.<sup>69</sup> Und Bernd Rabehls selbstentlarvenden Vorschlag, dass man dort, „wo es ganz klar ist, dass eine Umerziehung unmöglich ist, etwa bei älteren Leuten und bei bestimmten Verbrechern, [...] den Betroffenen die Möglichkeit geben [sollte], auszuwandern“<sup>70</sup>, charakterisierte Scheuch lakonisch als „‚Endlösung‘ der Antiautoritären“. Für Scheuch waren die Schriften von Agnoli, Dutschke und Co. nicht viel mehr als das „Glasperlenspiel [...] mit den Scherben vergangener Ideologien“.<sup>71</sup>

<sup>68</sup> Ebd.

<sup>69</sup> Erwin K. Scheuch, *Das Gesellschaftsbild der ‚Neuen Linken‘*, in: ders. (Hg.), *Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft*, S. 104–123, hier S. 105, 107.

<sup>70</sup> Ein Gespräch über die Zukunft mit Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler, in: *Kursbuch*, 1968, Nr. 14, S. 146–174, hier S. 171.

<sup>71</sup> Scheuch, *Gesellschaftsbild der ‚Neuen Linken‘* (wie Anm. 69), S. 120, 123. Von diesem Tenor war auch Scheuchs ausführliche Analyse neu-linken Denkens getragen, die er ein Jahr später veröffentlichen sollte, in einem Aufsatzband, der ganz dem Vergleich zwischen „Neuer Linken“ und „alter Rechten“ gewidmet war. Ders., *Zum Wiedererstehen der Erlösungsbewegungen*, in: Kurt Sontheimer/Gerhard A. Ritter/Brita Schmitz-Hübsch/Paul Kevenhörster/Erwin K. Scheuch, *Der Überdruß an der Demokratie. Neue Linke und alte Rechte. Unterschiede und Gemeinsamkeiten*. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt (Dez. 1969), Köln 1970, S. 129–206; vgl. ferner ders., *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik*, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 433–469.

Auf gleicher Linie lagen auch die Reflexionen über den linken und rechten Extremismus in der deutschen Geschichte, die Scheuchs Kollege Karl Dietrich Bracher im letzten Kapitel seines Standardwerks *Die deutsche Diktatur* anstellte. Zum Zeitpunkt, als Brachers Gesamtdarstellung erschien, Anfang 1969, fehlte dem Bonner Zeithistoriker allerdings noch die Entschiedenheit im Urteil, die Scheuchs Analysen über die Neue Linke seit Herbst 1967 auszeichnete. Brachers abschließende Betrachtungen über „Deutschland und den Nationalsozialismus“ verrieten ein Denken im Übergang: Auf der einen Seite waren seine Überlegungen noch ganz der liberal-kritischen Haltung gegenüber der deutschen Obrigkeitsstaatlichkeit verbunden, auf der anderen Seite zeugten sie von den jüngsten Unruhen an Deutschlands Universitäten. Forderte er einerseits „politische Reform durch glaubwürdige Demokratisierung“ (anstatt der „so beliebten [...] Berufung auf Staatsgesinnung und Nationalbewusstsein“), stellte er andererseits nicht nur die NPD, sondern auch die „außerparlamentarische Linke“ in die Tradition des deutschen Antiliberalismus. Sie trage Züge traditionellen deutschen Politikverständnisses, „wenn sie über die liberale und parlamentarische Realität der freiheitlichen Demokratie hinausstrebt zur vermeintlich konsequenteren, in Wahrheit diktaturförmigen Perfektion einer ‚totalen‘ Demokratie“. Zugleich aber legte der Bonner Zeithistoriker Wert auf die Feststellung, dass „nicht die linke, sondern die rechte Gefahr“ in die Katastrophe geführt habe.<sup>72</sup>

Bezeichnenderweise fehlte dieser Passus in der fünften Auflage der *Deutschen Diktatur*, die 1976 erschien. Überhaupt suchte man nun vergebens nach den kritischen Passagen über das Fortdauern einer „unpolitischen, bürokratisch-autoritären Staatstradition“<sup>73</sup> in der Bonner Republik, die in den vorherigen Auflagen enthalten gewesen waren. So war auch Brachers einstige Mahnung verschwunden, dass „demokratischer Konsensus nicht mehr auf pauschalen Antikommunismus gegründet werden“<sup>74</sup> könne. Statt dessen verlief Brachers Argumentation jetzt auch hinsichtlich der Bundesrepublik in den Bahnen der Totalitarismustheorie (auch wenn er selbst später betonen sollte, die Totalitarismustheorie „nie vertreten“, sondern ausschließlich den Totalitarismusbegriff zur Erläuterung „bestimmter Züge der absoluten Diktatur“ herangezogen zu haben<sup>75</sup>). Die Aufgabe, „in der Ausgestaltung der Demokratie Nationalbewusstsein als politisches Bewusstsein zu fassen“, verband er nun mit der „wachsamen Bereitschaft, gegen Extremismus von rechts und links, gegen autoritäre und freiheitsfeindliche Tendenzen einzutreten“.<sup>76</sup> 1969 war noch von der Bereitschaft die Rede gewesen, „für eine glaubwürdige Demokratie und

<sup>72</sup> Bracher, *Deutsche Diktatur* (1969) (wie Anm. 31), S. 541 f.

<sup>73</sup> Ebd., S. 542.

<sup>74</sup> Ebd.

<sup>75</sup> Bracher im Gespräch mit Werner Link (wie Anm. 14), S. 38.

<sup>76</sup> Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur*, 5. verbess. Aufl. Köln 1976, S. 539.

gegen autoritäre und obrigkeitstaatliche Tendenzen einzutreten“.<sup>77</sup> Statt, wie in der ersten Auflage, eine politische Erziehung anzumahnen, die über eine „bloß nationale Erziehung“ weit hinausführen müsse<sup>78</sup>, warnte er jetzt vor einer „rechts-nationalen oder linksdoktrinären Ausrichtung“.<sup>79</sup> Die Kette solcher und ähnlicher Modifikationen, die Bracher in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, genauer: zwischen 1972 (als die vierte, verbesserte Auflage erschien) und 1975 (als die Überarbeitung des Schlusskapitels für die fünfte Auflage vollendet wurde), vornahm, ließe sich noch fortführen.<sup>80</sup>

In jenen Jahren hatte Bracher den Wandel vom liberal-kritischen zum liberal-konservativen Gelehrten vollzogen. Dieser Wandel speiste sich vor allem aus zwei Erfahrungen: zum einen aus der gefühlten Notwendigkeit, liberale Institutionen wie Universität und Parlament gegen die radikale Herausforderung durch die Neue Linke zu schützen; zum anderen aus dem als geglückte Bewährungsprobe gewerteten Regierungswechsel von 1969, der „Verwirklichung einer politischen Alternative“, wie Bracher in der Neuauflage von 1976 schrieb. Das Gefühl der Unsicherheit über das Gelingen des liberal-demokratischen Experiments, das Brachers Schriften unter dem Eindruck der Fragilität des Bonner Provisoriums in den sechziger Jahren charakterisiert hatte, war mit einem Mal wie weggefegt. Nun war vom „erstaunlichen Aufstieg“ und der „bewunderten Stabilität“ der Bundesrepublik die Rede. Der „deutsche Sonderweg“ schien widerlegt und ans Ende gekommen zu sein.<sup>81</sup> Vor diesem Hintergrund erschien jetzt auch die Ära Adenauer, vormals mit viel Kritik bedacht, in hellerem Licht: „Wirkungsvolle Übergangslösung“<sup>82</sup> klang deutlich positiver als „kaum mehr als eine Übergangslösung“. Darüber, dass Adenauer Politik „im obrigkeitlichen Sinne geführt hatte – so wie sie seit Bismarck und Hindenburg verstanden wurde“, war jetzt nichts mehr zu lesen.<sup>83</sup>

Wenngleich mit der Besonderheit behaftet, „als post-nationale Demokratie unter Nationalstaaten zu leben“, war die Bundesrepublik als „Definitivum einer freiheitlich-sozialen Demokratie“ im Westen mittlerweile angekommen.<sup>84</sup> Über „Demo-

<sup>77</sup> Ders., *Deutsche Diktatur* (1969) (wie Anm. 31), S. 539.

<sup>78</sup> Ebd., S. 539.

<sup>79</sup> Bracher, *Deutsche Diktatur* (1976) (wie Anm. 76), S. 539.

<sup>80</sup> So hieß es noch 1969/72 über die möglichen Folgen eines Machtverlusts des Parlaments, dass „gefährliche Hohlräume für pseudopolitische Bewegungen autoritär-nationalistischer Observanz“ entstehen könnten. 1976 dagegen änderte er den letzten Teil in „autoritärnationalistischer oder auch anarchistischer Observanz“. Bracher, *Deutsche Diktatur* (1969/72) (wie Anm. 31), S. 540, versus Bracher, *Deutsche Diktatur* (1976) (wie Anm. 76), S. 539.

<sup>81</sup> Bracher, *Deutsche Diktatur* (1976) (wie Anm. 76), S. 542–544.

<sup>82</sup> Ebd., S. 541.

<sup>83</sup> Bracher, *Deutsche Diktatur* (1969) (wie Anm. 31), S. 542.

<sup>84</sup> Ders., *Deutsche Diktatur* (1976) (wie Anm. 76), S. 543 f.

kratisierung“<sup>85</sup>, dem einst mit so viel Verve vertretenen und dann von der Neuen Linken okkupierten Slogan, war vom Bonner Zeithistoriker jetzt nichts mehr, oder zumindest nicht viel gutes zu hören. Statt dessen galt sein Engagement nun ganz der Verteidigung der „freiheitlichen Demokratie“ gegen die „übersteigerten Verheißungen ideologischer Radikalismen“.<sup>86</sup> Waren, wie Bracher im Vorwort zur fünften, verbesserten Auflage der *Deutschen Diktatur* bekannte, seine Schlussbetrachtungen einst „im vollen Bewusstsein ihres provisorischen und zeitbedingten Charakters verfasst (1967/68)“<sup>87</sup> gewesen, so passte er sie in der ersten Hälfte der siebziger Jahre der Verlagerung seines politischen Standpunkts an. Der war sicherlich nicht weniger zeitbedingt, aber weitaus weniger provisorisch.<sup>88</sup>

Während Brachers Standardwerk zum Nationalsozialismus noch zwei weitere Auflagen erleben sollte (1978 und 1993), änderte sich an den hier in den Blick genommenen Schlusspassagen nichts mehr, von einem kurzen Abschnitt über das wiedervereinigte Deutschland abgesehen. Ganz wesentlich ging es ihm jetzt nicht mehr um progressive Fortentwicklung der liberalen Demokratie in Deutschland, sondern um die Bewahrung des Bestehenden vor den „Gewaltlehren des ‚romantischen Rückfalls‘ (R. Löwenthal), der neuen Linken und des Terrorismus“, wie er im Vorwort von 1978 betonte.<sup>89</sup> Der deutsche Staat schien inzwischen geläutert. Es schien Teil westlicher Demokratie geworden zu sein. Zu dieser Einsicht verhalf, neben dem Regierungswechsel von 1969, die Konfrontation mit der Studentenrevolte. Im Fall des Kölner Soziologen Scheuch war die radikale Herausforderung von „1968“ sogar Anlass genug für die Metamorphose zum liberalkonservativen Gelehrten.

<sup>85</sup> Ders., *Deutsche Diktatur* (1969) (wie Anm. 31), S. 543.

<sup>86</sup> Ders., *Deutsche Diktatur* (1976) (wie Anm. 76), S. 543.

<sup>87</sup> Ders., Vorwort zur 5. verbesserten Auflage (Herbst 1975), in: ders., *Deutsche Diktatur* (1976) (wie Anm. 76), S. VII.

<sup>88</sup> Vgl. vor allem ders., *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1982; ders., *Demokratie und Ideologie im 20. Jahrhundert*, in: ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, erw. Aufl. München 1984 (zuerst 1976), S. 155–183; ders., *Die totalitäre Erfahrung*, München 1987; ders., *Wendzeiten der Geschichte. Historisch-politische Essays 1987–1992*, Stuttgart 1992.

<sup>89</sup> Ders., Einleitung zur 6. Auflage (September 1978), in: ders., *Die deutsche Diktatur*, Neuausgabe Berlin 1997, S. 13–18, hier S. 18.

